

Konsum als holistische Perspektive.

Wie sich Sozial- und Verbraucherpolitik als Konsumpolitik zukunftsweisend zusammendenken lassen

1. Einleitung

Nimmt man den Ist-Zustand der politischen Haushaltsverteilung in Deutschland zum Ausgangspunkt, so ist klar, wie das Verhältnis von Sozial- und Verbraucherpolitik einzuschätzen ist: Die Sozialpolitik ist ein Schwergewicht, wohingegen die Verbraucherpolitik als unbedeutende Randnotiz erscheint. So ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bekanntermaßen jenes Ministerium, das den mit Abstand größten Haushaltsanteil verwaltet, nämlich einen Anteil von 36,84 % im Jahr 2024. Dem steht ein Anteil von 0,5 % für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) gegenüber, der nur von jenem Ministerium noch unterschritten wird, welches die Verbraucherpolitik in der vorhergehenden Legislaturperiode beherbergt hat, nämlich vom Justizministerium mit einem Anteil von 0,22 %. Dabei dürfte nicht überraschen, dass von den 0,5 % des BMUV wiederum nur das kleinste Kuchenstück für die Verbraucherpolitik bleibt, nämlich 1,68 % (www.bundeshaushalt.de/DE/Bundeshaushalt-digital/bundeshaushalt-digital.html). Das bringt die Verbraucherpolitik auf einen Anteil am gesamten Bundeshaushalt 2024 von etwas weniger als 0,0085 %. Hinzu kommt, dass der Verbraucherschutz ein spätgeborenes Politikfeld (Janning 2011) ist, welches in den politischen Institutionen noch keinen festen Ort gefunden hat, sondern eher durchgereicht wird, wohingegen soziale Rechte zum Kernbereich moderner Staatlichkeit zu gehören scheinen. Kurzum: Die Gewichtungen von und das Verhältnis zwischen Sozial- und Verbraucherpolitik scheinen klar geregelt zu sein.

Diese gewiss etwas einfache und plakative Gegenüberstellung zeigt, dass hierzulande ein Verständnis von Verbraucherpolitik vorherrschend ist, welches nur kleine Ausschnitte von Konsumphänomenen, -strukturen und -praktiken als deren Zuständigkeitsbereich begreift. Hierfür ist auch die rechtliche Auffassung davon, was und wer Verbraucherinnen und Verbraucher sind, nicht unbedeutend. Der §13 des Bürgerlichen Gesetzbuches stellt hierzu Folgendes fest: „Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die

überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können“ (www.gesetze-im-internet.de/bgb/). Diese Definition scheint durch ihre negative Fassung zwar zunächst vieles einzubeziehen. Tatsächlich grenzt sie mit der Fokussierung auf natürliche im Unterschied zu juristischen Personen sowie durch den Ausschluss der Erwerbssphäre den Phänomenbereich auf spezifische Weise ein. So spiegelt die Rechtsauffassung konventionelle Entgegensetzungen von Investition und Konsumtion wider, die auch für die Trennung zwischen Sozial- und Verbraucherpolitik Relevanz haben. Letztlich befestigt die Rechtsauffassung ein Bild, welches Konsum als private und weitgehend unproduktive Partizipation einzelner Individuen und Haushalte an Marktangeboten betrachtet und darüber hinaus weitgehend unbestimmt bleibt.

Warum aber sollten Rentenpolitik, Armutsbekämpfung oder sozialstaatliche Lebensstandardsicherung nicht ebenso Verbraucherpolitik sein? Woher sollte die Notwendigkeit rühren, Sozial- und Verbraucherpolitik voneinander zu trennen? Denn ohne Frage dienen viele der sozialstaatlichen Transfers, die einen Großteil der bundesdeutschen Haushaltsmittel ausmachen, Konsumzwecken. Diskussionen um einen existenz- oder teilhabesichernden Warenkorb oder Mindestlohn weisen diesen Bezug in der Armutspolitik (Dietz 1997) und dem sozialpolitischen Bedarfprinzip ebenso auf wie das sozialstaatliche Prinzip der Lebensstandardsicherung, welches der engen Kopplung von Sozialversicherungssystemen an die Erwerbsarbeitsgesellschaft zugrunde liegt (Vobruba 1990). Gleichwohl hält die Sozialpolitik immer noch Distanz zur Verbraucherpolitik und sucht stattdessen die Nähe zur Arbeits- und Einkommenspolitik – ganz so, als dienten Einkommen nicht ebenfalls Konsumausgaben. Die sozialstaatlichen Transfers als abstrakte monetäre Größen zu fassen, die nicht festlegen, wofür das Geld im Einzelnen ausgegeben wird, ändert nichts daran, dass sie der Reproduktion durch Konsum von Gütern, Diensten und sonstigen Lebensbedingungen dienen. Für Teile der monetären Transfers, etwa das Wohngeld, werden solche Konsumzwecke klar benannt und durch öffentliche Diskussionen über Mietpreisdeckel und Wohnungsbaupolitik flankiert. Auch dient die abstrakte Form der monetären Transfers mit der Sicherung von Konsumfreiheiten und -spielräumen der Teilhabe an der Konsumgesellschaft mit ihrer Vielfalt an Optionen und Lebenschancen. In anderen Fällen greift die Sozialpolitik hingegen tiefer in den Konsumalltag ein, etwa wenn in der Asylpolitik über Sachleistungen oder Einschränkungen bei der Bezahlkarte nachgedacht oder in der Gesundheitspolitik darüber befunden wird,

welche Produkte und Dienstleistungen als Kassenleistung Anerkennung finden können oder für welche Produkte ein Konsum- oder Werbeverbot zu erlassen ist.¹

Doch obwohl sich Sozial- und Verbraucherpolitik methodisch überschneiden und in vielen Bereichen angenähert haben, etwa was Beratung und Aktivierung anbelangt oder bestimmte soziale Unterstützungsdienste, wird weiterhin Abstand gehalten. Dahinter stehen tief verankerte Deutungsmuster, die im Verbrauchen eine destruktive Kraft im Unterschied zur schöpferischen Kraft menschlicher Arbeit sehen. Ein klassisches Beispiel hierfür ist die Anthropologie, die das Werk von Karl Marx fundiert (Lamla 2021a, 287). Für die Sozialpolitik in Deutschland ist der legitimierende Bezug auf Erwerbsarbeit oft herausgearbeitet worden. ‚Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!‘ spielt nach wie vor in der Ausgestaltung unterschiedlicher Transferarten und -systeme eine wichtige Rolle, auch dort, wo Arbeiten und Essen partiell entflochten werden (Vobruba 1989). Zuletzt wurde diese Haltung in den angelsächsischen welfare-to-work-Programmen und der deutschen Agenda 2010 mit ihrem Prinzip des ‚Förderns und Forderns‘ noch einmal explizit herausgestellt. Hinter dieser Ausrichtung der Sozialpolitik verbirgt sich ein produktivistisches Syndrom, das – ähnlich wie die protestantische Arbeitsethik (Weber 1991) – alle Formen unproduktiver Verausgabung als Sünde stigmatisiert. Dem Konsum haftet damit etwas Illegitimes und Verwerfliches an, weshalb eine offene und aufgeschlossene Haltung der Verbraucherpolitik gegenüber schwerfällt. George Bataille (2001) hatte den Konsum aufgrund dieser kollektiven Abneigung als den ‚verfemten Teil‘ der allgemeinen Ökonomie bezeichnet. Eine solche Abdrängung des Konsums sei aber wenig überzeugend und verstelle die Möglichkeiten, sich der unproduktiven Verausgabung auf demokratisch reflektierte Weise zuzuwenden.

Der vorliegende Beitrag schlägt daher vor, die analytischen Perspektiven und Dominanzverhältnisse umzukehren. Konsumpolitik erscheint dann nicht länger als ausgesonderter oder kleiner Spezialbereich einer viel umfassenderen Sozialpolitik, sondern ihrerseits als übergreifende politische Angelegenheit, die sich in viele Teilgebiete und Aspekte untergliedern lässt, von denen die Sozialpolitik nur ein besonders gewichtiger ist. Denn eine solche Konsumpolitik ermöglicht, aus-

1 Konsum und Verbrauch spielen schließlich auch in die Haushalte weiterer Ressorts hinein. So sind auch Infrastrukturfinanzierungen kollektive Konsumausgaben, deren Weichenstellungen – etwa zwischen Schiene und Straße, fossiler oder regenerativer Energieversorgung – zudem die individuelle Konsumpraxis massiv beeinflussen, und selbst Militärausgaben können als kollektiver Konsum von Sicherheitsausrüstung bis hin zum Verbrauch von Menschenleben aus einer Konsumperspektive betrachtet werden – freilich ohne darin aufzugehen.

gehend von der holistischen Konsumperspektive, weitere, etwa umweltpolitische oder infrastrukturpolitische Belange einzubeziehen. Insbesondere lässt sich mit dieser Perspektive das konsumtive Verhältnis zu den planetaren Lebensbedingungen besser sichtbar machen. Denn es ist eine Folge der kollektiven Verdrängung des Verbrauchs, dass in der modernen Gesellschaft das Zusammendenken der Arten und Weisen, wie wir *auf* der Erde leben und wie wir *von* ihr leben, schwerfällt (Latour 2021, 60f., 142). In einem ersten Schritt sollen im Folgenden, neben den Gründen für eine gesellschaftliche Marginalisierung der Konsumperspektive, die analytischen Vorteile herausgearbeitet werden, die dem Nachteil einer scheinbaren Konturlosigkeit eines breiten, übergreifenden Verständnisses von Konsum und Konsumpolitik entgegenstehen (2). Im zweiten Schritt wird diese holistische Perspektive auf das Gegenstandsfeld der Sozialpolitik mit ihren verschiedenen Modi der sozialen Umverteilung, der sozialen Rechte, der sozialen Dienste und der sozialen Aktivierung bezogen und diskutiert, welche Neuordnungen, Schwerpunktverlagerungen und Rechtfertigungsprobleme mit ihr einhergehen (3). Im abschließenden Schritt wird sodann untersucht, ob die Konsumpolitik ausgehend von einer Professionalisierung des Verbraucherschutzes verschiedene Problem- und Aufgabenfelder in Beziehung zu setzen und mit diesem Potenzial auf die Sozialpolitik integrierend zurückzuwirken vermag (4). Ein kurzes Fazit beschließt diese Betrachtungen und plädiert für eine differenzierte Problemsicht der sozialen Konsumpolitik (5).

2. Holismus und Perspektive – zur analytischen Ausweitung des Konsumbegriffs

Konsum und Verbrauch begrifflich auf private individuelle oder haushaltsbezogene Praktiken der Marktteilnahme jenseits des Erwerbslebens einzuschränken, führt regelmäßig zu Fehleinschätzungen und limitiert die politischen Möglichkeiten, auf Probleme der gesellschaftlichen Versorgung und Daseinsvorsorge sowie der etablierten Konsumformen und ihrer Nebenfolgen angemessen zu reagieren (Lamla 2013). Das Übergewicht der Produktionsseite im öffentlichen Selbstverständnis von Politik und Gesellschaft führt dazu, dass große Teile der Probleme, die mit Konsum verbunden sind, ihrerseits als Probleme der Produktion gefasst und kommuniziert werden. Die Machtlosigkeit der Verbraucherinnen und Verbraucher aber wird durch solche Attribuierungen nicht nur wahrgenommen und bestätigt, sondern im gleichen Zuge stets erneut mitfabriziert. Die schnell wechselnde und damit äußerst umwelt- und klimaschädliche sowie zudem sozial

ungerecht produzierte Mode beispielsweise erscheint so überwiegend als ein Resultat kapitalistischer Verwertungs- und Beschleunigungsinteressen, die entsprechend reguliert und mit finanziellen Sanktionen sowie Verantwortlichkeiten für Lieferketten belegt werden sollen, nicht aber als Ausdruck einer spezifischen Konsumkultur. Vielmehr wird letztere noch als industriell produzierte Konsumhaltung der Massen betrachtet und die Verantwortung dafür dem Produktionssystem zugeschoben. Fragwürdig daran ist weniger die Analyse der Macht- und Einflussverhältnisse als solche, sondern ihre einseitige Rahmung, die eine Marginalisierung des Konsums nicht nur diagnostiziert, sondern auch konstruiert und befestigt. Es erfordert daher gedankliche Anstrengungen und Übungen, solche Verhältnisse durch andere Beschreibungen in ein neues Licht zu rücken.

In einer solchen Neubeschreibung würde sichtbar werden, dass der Konsum größtenteils kein individuelles oder privates Phänomen ist, sondern erst durch vielfältige Akteure ermöglicht und in weiten Bereichen kollektiv organisiert und ausgerichtet ist. In der soziologischen Theorie werden die sozialen und materiellen Geflechte, die ein spezifisches Handeln, wie hier beispielsweise den Mode- oder Bekleidungskonsum, erst ermöglichen, auch als Assemblagen (Deleuze/Guattari 1987) oder Akteur-Netzwerke bezeichnet (Latour 2007). Diese vom Konsum her zu perspektivieren ist ebenso begründungsbedürftig wie jede andere mögliche Perspektive, kann aber den Denkraum erweitern und dominante Deutungsmuster irritieren. In den Blick rückt so etwa der hohe Organisationsgrad des modernen individualisierten Massenkonsums, wodurch dieser allenfalls graduell von anderen kollektiven Versorgungs- und Verteilungsstrukturen und -vorgängen unterscheidbar wird. Es fällt dann also leichter, unterschiedliche Produktions-, Organisations-, Distributions- und Verbrauchsregime als alternative oder komplementäre Realisierungsformen von Konsum im selben Rahmen zu betrachten. Während etwa steuerfinanzierte Staatsausgaben – für das Militär oder die öffentliche Verkehrsinfrastruktur – typischerweise als Einschränkungen individueller Konsummöglichkeiten wahrgenommen werden, weil sie aus deren Deutungsrahmen ausgeschlossen werden, erscheinen sie mit einer holistischen Konsumperspektive ebenso als kollektive Konsumform wie die Produktion, Auswahl und Bereitstellung von Waren durch große Kaufhäuser und Modelabel oder die logistische Konzentration von Handelsbeziehungen durch große Plattformunternehmen wie Amazon.

Sicherlich gibt es weiterhin gewichtige Unterschiede zwischen einer Versorgungsform, wie der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, die oftmals ganz in der Hand kommunaler Einrichtungen liegt, und einer Versorgung mit Kleidung oder Lebensmitteln, die sehr viel mehr Auswahl- und Preisvergleichsmög-

lichkeiten in den Interaktionen der verschiedenen Marktakteure bietet. Aber auch Märkte basieren auf Strukturen (Beckert et al. 2007; Fligstein 2001; Callon 1998; dazu Lamla 2010, 675ff.), deren kulturelle und rechtliche Regeln und Machtverteilungen nicht jedes Mal neu ausgehandelt werden. In der Plattformökonomie wird im Etablieren und Kontrollieren solcher Marktstrukturen sogar das zentrale neue Prinzip gesehen, welches den großen Konzernen wie Apple, Google, Amazon, Meta und Microsoft ihre enorme Organisationsmacht verleiht (Staab 2019). Zudem beruhen viele Konsumformen auf gemischten Verhältnissen, wie etwa die derzeit diskutierte Pflichtversicherung gegen Elementarschäden, für die angesichts gestiegener Unwettergefahren eine gewisse Kollektivierung der Risiken angestrebt wird – freilich wiederum mit dem Ziel, das Kollektiv der Steuerzahlerinnen und -zahler aus der Haftung für Naturkatastrophen zu entlassen. Fragen der Effizienz, der Vermeidung von Monopolbildungen und der Gewährleistung von Wettbewerb spielen beim Abwägen zwischen solchen gesellschaftlichen Organisationsformen des Konsums eine wichtige Rolle. Aber dieser Vergleichsgesichtspunkt ist dennoch nur einer von vielen. Es können immer auch Fragen der Verteilungsgerechtigkeit als Vergleichshorizont angelegt werden sowie ökologische Kriterien, also insgesamt solche der Nachhaltigkeit, aber auch solche der Tradition, wenn etwa bestimmte Konsumkulturen und -gewohnheiten erhalten bleiben sollen, obwohl es vielleicht ökonomisch effizientere, sozial gerechtere und ökologisch verträglichere Formen gibt.

Ein möglicher Einwand gegen die vorgeschlagene Ausweitung der Konsumperspektive dürfte lauten, dass sich zwar in vermutlich allen Lebensvorgängen und Praktiken auch Aspekte des Verbrauchens oder Konsumierens finden, dass dies aber für viele andere Aspekte ebenso gelte, insofern z.B. auch Denken, das moderne Recht mit seiner ordnungsgebenden Kraft oder eben produktive, schöpferische Akte überall gesehen und thematisiert werden könnten. Die Konsumperspektive werde daher nie zu einer erschöpfenden Beschreibung der Phänomene führen und würde immer ein Aspekt unter vielen bleiben. Ist es daher nicht müßig, herausfinden zu wollen, ob eine Betrachtung unter Gesichtspunkten des Konsums mehr zutage fördert als eine Betrachtung der Realität unter Gesichtspunkten staatlicher Organisationsleistung oder kapitalistischer Produktivkraftentwicklung? Dieser Einwand ist keineswegs falsch. Die Multivalenz der Realität ist gegeben – und die Konsumperspektive bleibt auch in ihrer holistischen Fassung nur eine Perspektive. Jedoch ergibt sich ein Argument für deren holistische Ausweitung aus den problematischen Folgen, die ihre langanhaltende Vernachlässigung mit sich gebracht hat: Zwar repräsentiert das Konsumieren die gesellschaftlichen Praxis- und Lebensvollzüge nicht vollständig, aber es markiert

deutlicher als andere Repräsentationsweisen deren terrestrische Abhängigkeiten (Latour 2018) und ontologische Voraussetzungen (Latour 2014). Ein Argument für diese holistische Perspektive resultiert mithin aus der Diagnose Bruno Latours, dass die Erdverbundenheit in der Moderne aus dem Blick geraten ist. Das erkläre die großen ökologischen Anpassungsschwierigkeiten im Angesicht heutiger Klima- und Umweltkrisen. In Weiterführung von Latour wird dafür hier die weitgehende Marginalisierung der Konsumperspektive verantwortlich gemacht. Diese Verdrängung erklärt einen folgenschweren Realitätsverlust, der sich in der modernen Lebensweise breit gemacht hat. Verloren gegangen ist der Sinn für die stofflich-materiellen Abhängigkeiten und Eingebundenheiten der gesellschaftlichen Lebens- und Praxisvollzüge in das sensible Gefüge der Erde, deren Übernutzung und Verbrauch erst im Katastrophenmodus wieder zum Vorschein kommt. So rückt die Einsicht, dass wir im Zeitalter des Anthropozän leben, diese Interdependenzen zwar ins öffentliche Bewusstsein, aber nur als abstrakten, geologischen Faktor, der mit der konkreten Lebenspraxis kaum vermittelt ist. Eine holistische Konsumperspektive kann dies ändern.

Nun ist es keineswegs so, dass über den Konsum in der Gesellschaft nicht gesprochen würde. In gewisser Hinsicht ist er Dauerthema, insofern Werbebotschaften einen Großteil der Kommunikation überlagern (etwa bei Sport-Events oder in den Innenstädten), finanzieren (insbesondere in den sozialen Medien des Internetzeitalters) und tief durchdringen (etwa in der Influencer-Kultur). Auch machen die Folgeprobleme der heutigen ‚Konsumgesellschaften‘ einen Großteil öffentlicher Krisenkommunikation aus. Dadurch sind sie auch in der alltäglichen und individuellen Konsum- und Lebenspraxis laufend präsent, wo sie aber nicht effektiv bearbeitet werden können. Sie lösen vielmehr schizophrene Reaktionen aus, die zum allgemeinen Gefühl der Überlastung in der Bevölkerung beitragen: Die von der Umweltbewusstseinsforschung vielfach herausgearbeitete Diskrepanz zwischen Einstellungen und Verhalten (mind-behavior-gap) ist weniger Ursache als vielmehr Ausdruck einer Schieflage in der Art und Weise, wie sich die Gesellschaft insgesamt, mit ihren Institutionen, Pfadabhängigkeiten, Widersprüchen und Funktionsimperativen, zur Konsumseite des sozialen Lebens verhält (Lamla 2024a, 11f.; Hellmann 2024). Deshalb sind die Asymmetrien im Verhältnis von Sozial- und Verbraucherpolitik ein gutes Beispiel, gleichsam eine Sonde, mit der sich der Marginalisierung und problematischen Abdrängung des Konsums in einer relationalen Perspektive auf die Gesamtgesellschaft nachgehen lässt. Claus Offe (1981) hatte darauf bereits früh aufmerksam gemacht und vorgeschlagen, anstelle einer Ausdifferenzierung von Verbraucherpolitik einen integrativen Pfad zu beschreiten, der Konsum insbesondere in der Produktionssphäre, d.h. in den Be-

trieben und bei den Gewerkschaften, stärker in den Fokus rückt. Dieser Gedanke ist vor dem Hintergrund der ökologischen und planetaren Herausforderungen jedoch noch stärker auszuweiten im Sinne einer umfassenden Rekonstruktion der Gesellschaft vom Konsum her – zunächst analytisch, aber letztlich auch politisch-praktisch.

Aber wie kommt es überhaupt zu dieser Schieflage? Dafür hat die Soziologie in der Vergangenheit immer wieder theoretische Erklärungsversuche formuliert. Eine Variante, die insbesondere von der kritischen Theorie der Frankfurter Schule vertreten wird, diagnostiziert das asymmetrische Verhältnis als Resultat kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse, die den Konsum einerseits funktional benötigen, um ihre inhärenten Wachstumsimperative zu befriedigen, andererseits aber auch missbrauchen, um sich Massenloyalität zu sichern (Horkheimer/Adorno 1988, 128ff.). Konsum werde kompensatorisch aufgebläht und zu einem psychodynamisch fein kalibrierten Ventil, das dazu diene, die strukturelle Gewalt der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse erträglich und akzeptabel zu machen. Marcuse (1970, 76ff.) nannte solche Mechanismen – die psychoanalytische Terminologie der Zeit widerspiegelnd – ‚repressive Entsublimierung‘. Problematisch an dieser theoretischen Darstellung ist allerdings, dass sie die negative Sicht auf den Konsum bestätigt und verstärkt. Konsum wird mit der kritisierten Existenzweise manipulierter Massen so weit identifiziert, dass die Alternativen eines erfüllten und autonomen Lebens wiederum nur konsumbefreit möglich zu sein scheinen. Das wird noch an Habermas (1956) schroffer Entgegensetzung von Kultur und Konsum sichtbar, ebenso wie schon an Hannah Arendts (1981) strikter Abgrenzung des deliberierenden Bürgerdaseins von den niederen Sphären ökonomischer Reproduktion durch Arbeit und Konsum. Emanzipation wird folglich ausschließlich negativ mit Konsum verknüpft: Befreiung erfordert demnach primär die Abschaffung der sozial ungerechten Herrschaftsverhältnisse im kapitalistischen Staat; die psychischen und kulturellen Abhängigkeiten von Konsumzwängen würden dann schon mitverschwinden und angemesseneren, befreiten Konsumverhältnissen Platz machen. Worin letztere genau bestehen, bleibt unklar oder wird sogar mit einem Bilderverbot belegt, anstatt die Zukunft darüber zu präfigurieren (Sörensen 2022).

Dieses Emanzipationsnarrativ hält sich bis heute in Teilen der Sozialpolitik und der Linken, die mit den positiven Seiten des Konsums sowie den Fragen ihrer kollektiven Aushandlung wenig anfangen können. Das hatte schon Anthony Giddens problematisiert, als er die Politik der Lebensführung („life politics“) als Desiderat der Sozialpolitik identifiziert und gleichwertig neben deren emanzipatorische Bemühungen gestellt hat. Denn eine Befreiung von Zwängen impliziere

noch keine Befähigung zu veränderten Lebenspraktiken und Konsumorientierungen (Giddens 1991, 215). Vielmehr hat Giddens an Defensivreaktionen wie reaktionären Fundamentalismen oder Suchtphänomenen herausgearbeitet, dass liebgewonnene Gewohnheiten umso stärker verteidigt werden, wenn ihre traditionellen und äußeren Haltemechanismen beseitigt werden (Giddens 1996). Folglich ist die Linke mitverantwortlich für das Aufkommen von Sprachlosigkeiten, Sprachbarrieren und schizophrenen Haltungen, wenn sie sich auf Befreiungsrhetorik beschränkt, die keine positiven Konsum- und Lebensperspektiven enthält und solche überwiegend abwertet und kritisiert. Es darf dann nicht verwundern, wenn sich Defensivreaktionen auch politisch artikulieren und über populistische Bewegungen und Parteien ein neues Ventil finden (Rosanvallon 2022). Dabei bieten diese alles andere als Alternativen, da sie in ihrer strikt defensiven Ausrichtung noch weniger Beweglichkeit in die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Konsumverhältnisse bringen. Es verwundert dann auch nicht, dass die verschiedenen politischen Kräfte – von den Linken über die Liberalen und Konservativen bis zu den Rechten – in Europa nur noch in der geteilten Abneigung gegenüber den Grünen Einverständnis erzielen können, wo diese Konsum- und Lebensweisen wie das fossile Heizen, die Automobilität und ihr fehlendes Tempolimit oder den exzessiven Fleischverzehr zum Gegenstand kollektiver Neuverhandlung zu machen versuchen. An diesem lagerübergreifenden Reflex zeigt sich mindestens ebenso wie an den mitunter autoritär und verbissen wirkenden Belehrungen aus den Reihen der Grünen selbst, dass das politische Gespräch über Konsumfragen – zumindest hierzulande – blockiert ist.

Einerseits kommt es also einem Tabubruch gleich, bestimmte Konsumfreiheiten einschränken oder auch nur hinterfragen zu wollen. Andererseits gilt es aber als ebenso verwerflich, wenn sich Menschen primär über den Konsum definieren und nicht über ihre Rolle im Produktionssystem. Konsum ist weiterhin der „verfemte Teil“ (Bataille 2001, 65) der gesellschaftlichen Ökonomie und Lebenspraxis, der in die Peripherie gesellschaftlicher Werte und Wertschätzungen gehört, dort aber als verborgene Praxis zugleich sich selbst überlassen bleiben soll, weil er nur so den produktivistisch eingespannten Gesellschaftsmitgliedern Gefühle der Freiheit und Unabhängigkeit vermitteln kann. Die Konstellation erinnert an die soziologische Unterscheidung von religiösen und magischen Praktiken: Marcel Mauss (2010), der Neffe von Émile Durkheim, hatte dessen Religionssoziologie (1981), der zufolge das Geheiligte einer Gesellschaft immer auf deren anerkannte Kerninstitutionen bezogen ist, eine Arbeit über magische Praktiken an die Seite gestellt, die auf die dunkle Seite dieser Institutionen schaut, d.h. auf die verstoßenen Rituale, die für die Gesellschaft unsichtbar im Verbor-

genen vollzogen werden, dort aber wichtige kompensatorische Funktionen übernehmen, weil sie außerhalb der moralischen und rechtlichen Regeln praktiziert werden können. Was in stark christlich oder traditionell geprägten Gesellschaften etwa für Abtreibungen gilt, trifft in stark säkularisierten Industrie- und Leistungsgesellschaften auf die ökonomischen Praktiken ‚unproduktiver Verausgabung‘ zu.

Es ist schwer, eine solche Sphäre aus dem Schatten ins Licht zu ziehen, aber zugleich drängt die Zeit, denn die gesellschaftlichen Kerninstitutionen bekommen die Probleme nicht mehr in den Griff. Auch dafür findet sich bei Bataille bereits eine Erklärung, denn das Abdrängen der Praktiken unproduktiver Verausgabung mache diese alles andere als unnötig und harmlos – im Gegenteil! Dieser Teil, das Verbrauchen und Vernichten von überschüssigen Ressourcen und Energien, sei nämlich das eigentliche Kernproblem der Ökonomie (Bataille 2001, 11ff.). Sich um den Konsum nicht öffentlich zu sorgen, also die unproduktive Verausgabung nicht in gepflegten und anerkannten Institutionen zu kanalisieren, führe erst dazu, dass sich deren katastrophisches Potenzial ungehindert entladen kann, weil Reichtümer und Überschüsse im Verborgenen unkontrolliert verprasst werden (etwa durch luxuriöse Privatexzesse, Salle 2022) oder anderweitig destruktive Kräfte freisetzen (z.B. Militärausgaben und Kriege, Bataille 2001, 48ff.). Erforderlich ist mithin zunächst die Verschiebung der Perspektive und deren ausgiebige Exploration sowie im nächsten Schritt ihre Anwendung in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Als Mittel der analytischen Rekonstruktion macht diese holistische Perspektive sichtbar, dass sich viele öffentliche Auseinandersetzungen latent längst um Probleme drehen, die mit den gesellschaftlichen Konsumverhältnissen und ihren destruktiven Folgen unmittelbar zusammenhängen. Für ihre konstruktive Wendung erforderlich ist sodann, dass sie auch jene politischen und gesellschaftlichen Sphären ergreift, in denen die praktischen Mittel vorhanden sind, um gesellschaftliche Kerninstitutionen zu verändern und zu gestalten. Für beides – das analytische Austesten wie das praktische Wirksamwerden dieser Perspektive – ist die Sozialpolitik ein geeignetes Explorationsfeld.

3. Schnittfelder der Sozial- und Verbraucherpolitik

Versuche, die Gebiete der Sozial- und der Verbraucherpolitik scharf voneinander zu trennen, scheitern an den erheblichen Überschneidungen, die beide Politikfelder in unterschiedlichen Hinsichten aufweisen. Das gilt nicht zuletzt für den Ansatz, die Sozialpolitik für die Einnahmeseite von Personen und Haushalten zuständig zu erklären, wohingegen die Verbraucherpolitik üblicherweise an deren

Ausgabenpraxis ansetze (Strünck in diesem Band). Auch die Sozialpolitik nimmt spezifische Ausgabenbereiche in den Blick, wie etwa am Wohngeld sichtbar wird. Ebenso zielt die Verbraucherpolitik oft darauf ab, dass die Bürger:innen mehr Geld in der Tasche behalten. Auch die Form von Transfers, welche Einkommensdefizite ausgleichen sollen, ist kein exklusives Merkmal der Sozialpolitik, wie etwa Diskussionen über das Energiegeld nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine zeigen, das gestiegene Verbraucherpreise für Strom und Gas kompensieren soll. Zwar stimmt es, dass die Sozialpolitik ihre Legitimation maßgeblich aus der Erwerbs- und Leistungsgesellschaft bezieht und mit ihren einkommensbezogenen Transfers primär darauf bezogen bleibt, wie nicht nur die Ausgestaltung großer Teile sozialstaatlicher Leistungen als erwerbsabhängiges Sozialversicherungssystem (insbesondere Renten- und Arbeitslosenversicherung) zeigen, sondern auch an den Diskussionen über die Kürzung von Hilfen oder Bürgergeldzahlungen deutlich wird, sofern die Bereitschaft zur Aufnahme von Erwerbsarbeit fehlt. Diesen produktivistischen Rechtfertigungsmustern stehen aber auch konsumbezogene gegenüber, insofern steuerfinanzierte Transfers etwa der Vermeidung von Armut dienen sollen und jene des Sozialversicherungssystems am Prinzip der Lebensstandardsicherung ausgerichtet sind. Beide Ziele unterscheiden sich von einer rein auf die Erhaltung der menschlichen Produktivkräfte ausgerichteten Reproduktionspolitik und nehmen explizit Konsumaspekte wie Mindeststandards gesellschaftlicher Teilhabe oder die Erhaltung und Steigerung des privaten Wohlstands in den Blick. Umgekehrt weisen auch verbraucherpolitische Grundnormen, wie die Gewährleistung von Sicherheit und Unversehrtheit in Konsumkontexten, Bezüge zur Erhaltung der personellen Integrität und Arbeitskraft auf – ganz ähnlich wie die Gesundheitspolitik, deren Verortung zwischen Sozial- und Verbraucherpolitik ohnehin schwerfällt.

Noch deutlicher werden die Überschneidungen, wenn ein breites Verständnis von Sozialpolitik angelegt wird, das neben der Gesundheitspolitik auch die Pflege, Familienfürsorge, Kindergrundsicherung sowie die wohlfahrtsstaatlichen Investitionen in öffentliche und wirtschaftliche Infrastrukturen, Wohnungsbau, Kultur, Bildung, Ehrenamt und Beschäftigung einbezieht. Der moderne Wohlfahrtsstaat ist einer Entwicklung sozialer Rechte und Chancen verpflichtet, die ganz wesentlich über Konsum- und Teilhabemöglichkeiten definiert sind und deren sozial gerechte Realisierung Aufgabe von Sozialpolitik ist. Durch öffentliche oder öffentlich geförderte Straßen, Nah- und Fernverkehrsangebote, Schwimmbäder, Schulen und Kindergärten sowie Kultureinrichtungen werden Konsummöglichkeiten geschaffen und geformt. Dabei zielt die Sozialpolitik auf einen sozialen Ausgleich zwischen bevorteilten und benachteiligten Gruppierungen.

Entsprechend sind etwa die örtlichen Zugänge zu ärztlicher Versorgung oder die Erreichbarkeit von Supermärkten wichtige Kriterien für die Messung der Angleichung der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2024). Wo sodann durch Elterngeld, BAföG und ähnliche Unterstützungsleistungen die Abhängigkeiten von der Erwerbstätigkeit ein Stück weit gelockert werden, um Zeit für Tätigkeiten im privaten Haushalt, in Sorgebeziehungen oder in Muße verbrauchen zu können, liegen implizit oder explizit ebenfalls Konsumleitbilder zugrunde, in denen etwa gemeinsame Erlebnisse in der Familie, die Möglichkeit, sich anspruchsvollen Bildungsprojekten hinzugeben oder Liebe, ein verantwortliches Miteinander und emotionale Bindung die Qualität sozialer Lebensführung definieren. Diese Qualität stellt sich wiederum nicht in kommerziellen, sondern oftmals über einseitige oder wechselseitige Gaben-Beziehungen her, ist also mit spezifischen Konsumritualen verwoben. Dabei findet eine partielle Dekommodifizierung von Tätigkeiten nicht nur erwerbsseitig statt, sondern auch auf der Konsumseite, wenn etwa bestimmte Kulturangebote, der öffentliche Nahverkehr oder Trinkwasser aus städtischen Brunnen (weitgehend) kostenfrei verfügbar gemacht werden.

Die Schnittfelder zwischen Sozial- und Verbraucherpolitik verbreitern sich noch, wenn von der Ebene sozialer Rechte, Transfers und Infrastrukturen auf die konkretere Ebene sozialer Dienste gewechselt wird, die ebenfalls zum angestammten Gebiet der Sozialpolitik gehören (Bäcker et al. 1989). Soziale Arbeit in der Sucht- und Drogenhilfe oder -selbsthilfe beispielsweise ist Konsum-Sozialpolitik par excellence. Dort, wo beispielsweise der ‚Dritte Sektor‘ von zivilgesellschaftlichen Verbänden und Einrichtungen (Evers/Olk 1996) wichtige soziale Leistungen erbringt, die staatlicherseits unterstützt oder ermöglicht werden, sind die Grenzen ebenso schwer zu ziehen. Beratungsdienstleistungen in der Familien-, Gesundheits-, Ernährungs- oder Schuldenberatung sind oft ebenso soziale Hilfe wie Unterstützung in Konsumbelangen. Für die Tafelbewegung (Lorenz 2012) oder Volksküchen gilt dies ohnehin; ebenso leisten viele der sozialen Angebote von Kirchen, Vereinen wie Pro Asyl oder anderen Einrichtungen der Unterstützung bei Problemen der Inklusion (etwa von Migrant:innen oder Menschen mit Behinderung oder älteren Menschen) und Wiedereingliederung (etwa von straffällig gewordenen Menschen) konkrete Alltagshilfe und somit vielfach Hilfe bei Konsumangelegenheiten – vom Einkaufen über die Navigation durch den Bürokratie-Dschungel bis hin zur Fortbildung bei der Nutzung des Internets für Online-Banking, -Buchungen oder -Bestellungen. Auch die verbandsförmigen Interessenvertretungen überschneiden sich. So speist sich der Bundesverband der Verbraucherzentralen vzbv aus einer Vielzahl von Mitgliedseinrichtungen, zu denen

neben den Landesverbraucherzentralen auch die Arbeiterwohlfahrt oder die Caritas gehören, ebenso wie als Fördermitglied der Deutsche Gewerkschaftsbund. Wohlfahrtsverbände wie der Paritätische wiederum stehen ohnehin zwischen den Stühlen und vertreten mit dem Prinzip der Gemeinnützigkeit einen Ansatz, der Konsum und Produktion ganzheitlich betrachtet und dort ansiedeln will, wo der soziale Bedarf am größten ist (www.der-paritaetische.de/presse-kampagnen/echtgut-vorfahrt-fuer-gemeinnuetzigkeit/). Bei den staatlichen Behörden findet sich zwar ein hoher Grad an Spezialisierung – etwa für Versorgung, Jugend- oder Bewährungshilfe auf der einen Seite, für die Sicherung des Wettbewerbs (Bundeskartellamt), die Bewertung von Lebensmittelsicherheit (BVL, BfR), die Bankenaufsicht (Bafin) oder sichere Netz- und IT-Infrastrukturen (Bundesnetzagentur, BSI) auf der anderen Seite. Die konkreten Projekte und Handlungsformen weisen jedoch zahlreiche Überschneidungen von Sozial- und Verbraucherpolitik auf. Das gilt etwa überall dort, wo vulnerable Verbrauchergruppen besondere Aufmerksamkeit in Behörden oder Beratungseinrichtungen des Verbraucherschutzes finden oder wo solche Probleme und Delikte die sozialen Ämter beschäftigen, die mit der Einschränkung der Mobilität von Behinderten, dem Missbrauch von Drogen, Ladendiebstählen bzw. Kaufsucht oder generell mit Folgen übermäßiger Bindung an kommerzielle Marken (z.B. in Schulen) zu tun haben.

Probleme, die mit Konsum zusammenhängen, lassen sich also aus der Sozialpolitik ebenso wenig herauslösen, wie sich soziale Fragen aus der Verbraucher- oder Konsumpolitik aussparen lassen. Wenn überhaupt, weist die letztere noch zusätzliche Aufgabenfelder auf, die aufgrund ihrer Allgemeinheit nicht direkt mit sozialen Ungleichheiten, Gerechtigkeitsproblemen oder Verteilungskonflikten zusammenhängen. Zu denken ist etwa an Informationsrechte für Verbraucher:innen, technische Produktsicherheit oder allgemeine Datenschutzanforderungen. Aber das widerspricht nicht dem Votum für eine holistische Konsumperspektive, im Gegenteil – und selbstverständlich haben auch solche Aufgaben soziale Implikationen, sobald sie etwas konkreter in Augenschein genommen werden.

Schließlich hat die Verbraucherperspektive die Sozialpolitik auch im Zuge ihrer neoliberalen Vermarktlichung überformt. Das beginnt etwa bei Neubeschreibungen sozialstaatlicher Leistungen im ‚new public management‘, wonach die staatsbürgerliche Klientel von Verwaltungseinrichtungen künftig als Kund:innen zu betrachten sei, die in ähnlicher Weise behandelt und organisiert werden müssten wie in der Privatwirtschaft (Bogumil/Kißler 1995). Auf der einen Seite rücken somit Aspekte wie Kundenfreundlichkeit, Ansprechbarkeit und Service in den Vordergrund, die auf der anderen Seite effiziente Kanalisierungen bewirken sollen und nach Kostengesichtspunkten beurteilt werden. Die in diesem Zuge

aufkommende aktivierende Sozialpolitik (Lessenich 2009) des Förderns und Forderns ist ein weiteres Beispiel für einen übergreifenden Politikansatz, der die Verbraucherpolitik der Zeit geprägt hat. So stand die Aufforderung zur Politik mit dem Einkaufswagen (Künast 2001) in ihrer paternalistischen Haltung gegenüber den Konsument:innen hinter jener nach Annahme von Weiterbildungs- und Arbeitsangeboten in den ‚welfare-to-work‘-Programmen nicht weit zurück. Heute werden als übergreifende Agenda eher die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) hochgehalten. Aber auch diese erlauben keine trennscharfe Zuordnung von Sozial- und Verbraucherpolitik, da die Ziele der Beseitigung von Armut, der Schaffung würdevoller Arbeit, des Zugangs zu sauberem Wasser und allgemeiner Bildung oder der Etablierung nachhaltiger Produktions- und Konsumformen wiederum Aspekte von beidem enthalten. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die Diskussion um Wertschöpfungs- und Lieferketten, die beide Problemarten zusammenschließen, etwa solche der Ausbeutung von Kindern und Frauen in der Textilbranche mit solchen der schnelllebigsten Mode in den westlichen Konsumzentren. Dort wo nachhaltige Aktivierungen in institutionelle Bahnen gelenkt werden, etwa in den allgemeinbildenden Schulen, wird Verbraucherschutz und -politik oftmals als Querschnittsthema gefasst und selten einem speziellen Unterrichtsfach überantwortet, wobei den sozialwissenschaftlichen Fächern, die auch für Fragen von Politik, Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit zuständig sind, wiederum eine besondere Verantwortung zukommt (Wittau 2019). Auch die verhaltensökonomischen Techniken des Nudging betreffen die sozial- und gesundheitspolitischen Programme zur Erhaltung der Fitness von Arbeitnehmer:innen oder Aufrufe zum Spenden – nicht zuletzt zum Organspenden, das ohnehin einen faszinierenden Schnittpunkt von Sozial- und Verbraucherpolitik markiert, insofern es um das solidarisch geteilte Weiternutzen funktionsfähiger Körperteile geht – ebenso wie Maßnahmen zur Förderung gesunder Ernährung oder psychologische Anreize zum Energiesparen. Wo flankierende Überwachungstechnologien das Verhalten aufzeichnen und die gewonnenen Daten dann in Empfehlungsalgorithmen und Feedbacksysteme übersetzen, verschmelzen die Einsatzgebiete von Sozial- und Verbraucherpolitik ebenfalls, da mit diesen Methoden ebenso nach zielgruppenspezifischen Kriterien differenziert werden kann, wie damit vielfältige Einsatzgebiete von der Pflege über die Suchtbekämpfung bis zum Medienkonsum zum Objekt einer digitalen Konsumsteuerung werden können (Zuboff 2018). Schließlich konvergieren Sozial- und Verbraucherpolitik in den normativen Zielsetzungen einer Lebensführung, die durch eine gewisse Langsicht gekennzeichnet ist, sei es durch frühzeitige Altersvorsorge in der Rentenpolitik oder einen umweltbewussten und generationengerechten Konsum.

Sozialpolitik lässt sich mithin analytisch ohne Schwierigkeiten als Konsumpolitik rekonstruieren und beschreiben. Größere Schwierigkeiten macht es hingegen, diese Analyse konstruktiv und programmatisch zu wenden. Dann stellt sich nämlich die Frage, welche Neubewertungen und -gewichtungen sozialpolitischer Maßnahmen, Rechte, Dienste und Aktivierungen aus der Anwendung der holistischen Konsumperspektive resultieren. An dieser Stelle ist einem Missverständnis vorzubeugen, das vorschnell zur Ablehnung eines solchen Perspektivenwechsels führen könnte: Die Übertragung der Konsumperspektive auf das Gebiet der Sozialpolitik bedeutet dem Vorschlag zufolge nicht länger, den Sozialstaat allein nach Prinzipien des Marktes unter Effizienz- und Wettbewerbsdruck zu setzen und seine Klient:innen wie isolierte, individuelle Verbraucher:innen zu behandeln. Denn der Konsum kann in der holistischen Perspektive eben sehr viel mehr umfassen, als dieses enge Verständnis widerspiegelt. Welche Konsum- und Lebensformen Ziel sozialpolitischer Institutionen und Interventionen sein könnten und sollten, erfordert daher auch eine Exploration der Verbraucherpolitik. Dafür ist die Rekonstruktion des latenten konsumpolitischen Sinns der Sozialpolitik hilfreich, d.h. eine methodische Operation, die die verschiedenen Modi der Sozialpolitik in den erweiterten konsumpolitischen Deutungsrahmen übersetzt. Gesichtspunkte wie die planetaren oder terrestrischen Abhängigkeiten des Konsumlebens bereichern diesen Deutungsrahmen dann weiter an. Sie gilt es folglich, in der Rekonstruktion und Neubeschreibung der Sozialpolitik zu berücksichtigen und kohärent zu integrieren. Im nachfolgenden Abschnitt soll eine solche kreisende Neubeschreibung von Sozial- und Verbraucherpolitik ansatzweise versucht und skizziert werden.

4. Zur konsumpolitischen Neufassung der Sozial- und Verbraucherpolitik

Um die Sozialpolitik als Konsumpolitik rekonstruieren zu können, ist das Konsum- und Versorgungsregime des Sozialstaats genauer zu betrachten. Dieses verbindet Solidarität und Gemeinsinn über das Medium des sozialen Rechts mit liberalen Prinzipien der individuellen Freiheit und der Pluralität von Lebensformen, Überzeugungen und Interessen (Nullmeier 2000). Die monetäre Form rechtlich abgesicherter sozialstaatlicher Transfers ist insofern Ausdruck eines institutionalisierten Kompromisses zwischen Freiheit und Solidarität. Jegliche Sozialpolitik, die mit konsumpolitischen Argumenten diese spannungsreichen normativen Bezüge zu einer Seite hin verschieben und den Kompromiss damit aufkündigen wollte – sei es durch eine stärkere Vermarktlichung und Individua-

lisierung von sozialen Sicherungssystemen, durch Ausgliederung und Privatisierung von Leistungen, oder durch eine direktere Rückbindung solidarischer Umverteilung an konkrete Konsumgegenstände, wie es die Tafeln unter Umgehung von Geldzahlungen in der Armutsbekämpfung tun –, würde die konsumpolitische Pazifizierungsleistung sozialstaatlicher Einkommensumverteilung verkennen (Hirschman 1984). Es ist eine gesellschaftliche Errungenschaft, wenn institutionelle Vorkehrungen existieren, die eine hohe Diversität von Lebensentwürfen mit dem Bemühen um eine Angleichung von Lebenschancen und -verhältnissen zu vereinbaren vermögen. Allerdings bedeutet diese negative, d.h. jedem Einzelnen selbst überlassene Konsumfreiheit durch das Medium monetärer Transferbeziehungen – so wichtig diese für die Ausbildung autonomer Lebensentwürfe und Handlungsfähigkeiten auch sind – nicht, dass über Konsum gar nicht mehr öffentlich geredet und gestritten werden darf (Honneth 2011). Vielmehr stellt sich die Herausforderung einer Kompromissbildung zwischen Solidarität und Freiheit auch mit Blick auf die Folgen und Nebenfolgen eines derart freigesetzten Konsums. Wenn nämlich die Konsum- und Lebenschancen auf eine Weise genutzt werden, die den zugrundeliegenden normativen Rechtfertigungsprinzipien systematisch zuwiderlaufen, unterminiert sich der gefundene und institutionalisierte Kompromiss selbst.

Eine solche paradoxe Modernisierungsdynamik (Honneth 2002), in deren Zuge die Konsumfreiheiten die Solidaritätsprinzipien systematisch verletzen, ist jedoch unverkennbar eingetreten. Zum einen ist die Schere der sozialen Ungleichheit nicht kleiner, sondern größer geworden, wodurch inzwischen Ziele der Armutsbekämpfung durch Sicherstellung eines Mindestteilhabensniveaus für alle – man denke etwa an die Diskussion über Kinderarmut in Deutschland und die bis dato gescheiterte Einführung einer Kindergrundsicherung – systematisch verfehlt werden. Zum anderen ist das zweite große Sozialstaatsprinzip der Lebensstandardsicherung gefährdet. Genauer gesagt, ist es ein Treiber der paradoxen Dynamik in den gesellschaftlichen Institutionen, insofern die Lebensstandards ein Konsumniveau erreicht haben, das deren sozialrechtliche Sicherung für alle sowie insbesondere für nachfolgende Generationen verunmöglicht. Lebensstandardsicherung nimmt egoistische Züge an, wenn sie nur noch gegen die Allgemeinheit durchgesetzt werden kann, etwa als Enklave oder Diaspora von Bessergestellten, die in ihren ‚gated communities‘ oder auf ihren Superyachten (Salle 2022) luxuriöse Welten pflegen, aber dies nur noch durch sozial-räumliche Exklusion und die Externalisierung der ökologischen Folgekosten realisieren können, die dann von der ausgeschlossenen Bevölkerungsmehrheit zu tragen sind. Sie verletzen das Solidaritätsprinzip einer kollektiven Versicherung gegen die Risiken

und Folgekosten der marktwirtschaftlich freigesetzten Konsumsteigerung und Lebensstandardsicherung. Als sozialpolitisches Prinzip taugt die Sicherung des Lebensstandards nur, solange sie rechtlich verallgemeinerbar ist und niemanden von vornherein ausschließt.

Was folgt aus dieser paradoxen Dynamik für die konsumpolitische Neuausrichtung sozialstaatlicher Instrumente und Institutionen? Zum einen ergibt sich der Auftrag an die Sozialpolitik, neben dem Monitoring von Armutslagen auch die mit Reichtum einhergehenden Exklusionstendenzen und Folgekosten von Konsum- und Lebensstandards in den Blick zu nehmen, um dagegen geeignete ‚Versicherungssysteme‘ aufzusetzen. Wer einen hohen Konsumstandard mit entsprechend weitreichenden Folgekosten für das Leben auf der Erde und die Allgemeinheit absichern will, muss dafür proportional höhere Beiträge leisten. Die Seite der Besserkonsumierenden kann dann nicht auf substanzielle Gleichbehandlung hoffen oder pochen, und schon gar nicht dürfen Institutionen so eingerichtet sein, dass die schwächeren Gesellschaftsmitglieder den Preis für den asymmetrisch verteilten Umweltverbrauch bezahlen. Das betrifft insbesondere solche Interventionen in die Konsum- und Lebensstile, die nicht nur mittels monetärer Anreize oder Ausgleichszahlungen, sondern direkter in die Konsumpraktiken und -gewohnheiten intervenieren, um das Überschreiten einer Schwelle des Versicherbaren zu verhindern (also insbesondere irreversible Entwicklungen wie die Überschreitung eines bestimmten Temperaturanstiegs der Klimaerwärmung oder anderer ökologischer Kipppunkte). Diesbezüglich dürfen die Konsumfreiheiten bei den sozial schwächeren Personenkreisen nur sehr viel zurückhaltender eingeschränkt werden als am oberen Rand der Gesellschaft, weil sie bei den ersteren sonst das sozialpolitische Prinzip der Mindestteilhabe an der Konsumgesellschaft verletzen und damit zu einer stigmatisierenden Armutslage beitragen. Die konsumgesellschaftliche Inklusion setzt – wie oben dargelegt – ein Mindestmaß an verfügbaren monetären Dispositionsmöglichkeiten voraus, die durch äquivalente Sachleistungen oder Formen moderner Armenfürsorge nicht gleichwertig ersetzt werden können.

Mit der holistischen Konsumperspektive auf die Sozialpolitik ließe sich somit ein bedingungsloses Grundeinkommen (Kovce/Priddat 2019) konsistent begründen. Nur die allgemein, d.h. bürgerrechtlich robust abgesicherte monetäre Form eines individuell ausgezahlten Einkommens gewährleistet nämlich die Chance zu autonomer Teilhabe, und die Bedingungslosigkeit ergibt sich aus dem Inklusionsgebot gesellschaftlicher Konsumteilhabe, deren pazifizierende Wirkung gefährdet wäre, würde der basale Status einer freien Konsum:bürgerin nicht unterschiedslos sozialrechtlich abgesichert werden (Lamla 2013, 400ff.).

Aus dem sozialpolitischen Ziel der Armutsbekämpfung folgt als weiteres Kriterium die Gewährleistung eines existenzsichernden Niveaus. Dabei müssen nicht alle für die Existenzsicherung erforderlichen Leistungen in der Form eines individuell ausgezahlten monetären Transfers erbracht werden. Vielmehr lassen sich Teile der Grundversorgung auch dann diskriminierungsfrei verteilen, wenn diese als allgemeine Versorgungsleistung oder -infrastruktur ausgestaltet werden, also wiederum nicht als Almosen zugeteilt werden, sondern allen Bürger:innen gleichermaßen offen stehen. Der Zugang zu bestimmten grundlegenden Gütern und Dienstleistungen kann folglich unabhängig von individuellen Einkommen organisiert werden. So wie die Gesundheitsversorgung oder schulische Bildung hierzulande als staatliche Systeme mit solidarischen Versicherungsleistungen oder robusten staatlichen Rechten und Pflichten ausgestaltet sind, könnten für weitere Konsumbereiche durch ähnlich finanzierte Versorgungsinfrastrukturen allgemeine und gleiche Zugangsmöglichkeiten gewährleistet werden. Nicht nur der öffentliche Personennahverkehr könnte auf diese Weise einen deutlichen Schub erhalten und Umweltbelastungen durch den Individualverkehr reduzieren. Auch in der Energieversorgung, etwa im Zuge der kommunalen Wärmeplanung, könnten Vorteile einer kollektiven Konsumanstrengung (z.B. Fernwärme- oder effizientere Nachbarschafts- und Stadteillösungen anstelle von individualisiert ausgezahlten Subventionen für den Heizungsumbau) ausgelotet und Formen gelebter Solidarität gefunden werden (Foundational Economy Collective 2019).

Auf diese Weise könnte der soziale Sinn für die Nutzung von Gemeinschaftsgütern sowie die partielle Loslösung vom Privateigentum und privater Nutzung gefördert werden. Die Pflege von Gemeineigentum – sogenannte ‚Commons‘ – ist schon lange Bestandteil des Nachdenkens über umweltverträglichere Konsumstile (Ostrom 1990). Sie sollte als mögliche Alternative zum individualistischen Massenkonsum auch in den Fokus sozialpolitischen Ressourceneinsatzes rücken. Das sozialpolitische Prinzip, das hier zum Tragen kommt und gegenwärtig in der feministischen Diskussion über Humandienstleistungen wie Altenpflege, Kindererziehung und -betreuung, Bildung, Sozialhilfe und Beratung hinaus ausgeweitet wird, ist das Prinzip der Sorge (Care) (Puig de la Bellacasa 2017). Im Bereich der kollektiven Sorge für Gemeineigentümer wie Bürgerparks (etwa in der Hansestadt Bremen), kollektives Wissen (etwa bei Wikipedia) oder landwirtschaftlicher Flächen und Ressourcen (etwa in der solidarischen Landwirtschaft) wird die soziale Bindung an materielle Infrastrukturen des Konsums erprobt und in institutionellen Formen von Rechten und Pflichten zu verankern versucht. ‚Care‘ kann sich darüber hinaus auch auf die individuellen Konsumgüter und -praktiken beziehen, etwa auf langlebige Nutzungen, eine Kultur des Reparierens (Jae-

ger-Erben/Hielscher 2023) oder das Abstellen problematischer Konsumabhängigkeiten – und es ist eine Frage an die Sozialpolitik, wie eine dinglich-materielle Solidarität angesichts ihrer ökologischen und konsumkulturellen Bedeutung besser abgesichert werden kann. Wo die Konsumpolitik hierfür finanzielle Anreize oder Subventionen einsetzt, können sozialpolitische Kriterien der Umverteilung zum Tragen kommen, indem Unterstützungsleistungen abhängig von der sozialen Lage der Betroffenen sozial gerecht gestaffelt werden.

Zu den ‚Matters of Care‘ (Puig de la Bellacasa 2017) gehören – neben der Beziehung zu materiellen Gütern – weiterhin die sozialen Dienste am Menschen, also die unterschiedlichen Humandienstleistungen. Die Rekonstruktion der Sozialpolitik aus einer holistischen Konsumperspektive bedeutet hierbei gerade nicht, diese Dienstleistungsbeziehungen nach dem Modell individueller Kund:innenbeziehungen unter Effizienzdruck zu setzen. Vielmehr wäre diese Vermarktlichung kritisch zu hinterfragen, insofern die Rekonstruktion gerade die Vielfalt und Vielgestaltigkeit von sozialen Diensten und entsprechenden Beziehungsformen im Konsum sichtbar machen würde. Der soziale Sinn von Konsum wäre entlang dieses Spektrums an Verhältnissen intern zu differenzieren. So ist die Teilnahme an einer Selbsthilfegruppe, die Inanspruchnahme einer professionellen Suchtberatung oder die Unterstützung einer pflegebedürftigen Person etwas anderes als der Kauf eines Fernsehers. Das Prinzip wäre hier eines der Sorge um den Eigensinn dieser verschiedenen Beziehungs- und Kommunikationsformen, die gleichwohl auch Formen des Konsums sind und Konsumverhältnisse begründen. Die Selbsthilfe oder Suchtberatung können beispielsweise eine sozial gestützte Arbeit an problematischen Konsumgewohnheiten sein, die deutlich macht, wie der Konsum mit sozialen Beziehungen der Anerkennung und Missachtung, mit biographischen Erfahrungen und Traumatisierungen oder emotionalen Bedürfnissen und Kompensationen verbunden ist. Die Pflegebeziehung wiederum muss der wechselseitigen Instrumentalisierung von pflegender und zu pflegender Person ebenso Schranken setzen wie der wechselseitigen Empathie und Nähe, setzt also als Konsumform eine anspruchsvolle Balance voraus, für die sozialpolitisch gegen den ökonomischen Effizienzdruck Raum geschaffen und Kompetenz bereitgestellt werden muss.

Zugleich wirken diese Anforderungen an die Professionalität sozialer Arbeit auf andere Konsumbereiche zurück, in denen sie einen Rationalisierungsdruck anderer Art evozieren: Es wird dann nämlich sichtbarer, dass die Konsumentscheidungen in einem Netzwerk sozialer (nicht nur materieller) Abhängigkeiten und Einflussbeziehungen stehen, das seinerseits an vielen Stellen Bedarfe an sozialer Unterstützung und Beratung impliziert. Es ist das angestammte Ge-

biet des Verbraucherschutzes, die Konsumenten und Konsumentinnen an diesen Punkten nicht allein zu lassen. Ebenso könnte man sich auf die heterogene Bandbreite von konsumbezogenen Begleitkommunikationen beziehen, etwa auf das Selbstverständnis von handwerklicher Qualität, auf die Influencer der digitalen Sozialen Medien oder die Abwicklung von Vertragsabschlüssen über Call Center. Hierbei steht der Verbraucherschutz als ein besonderes soziales Beziehungsmoment innerhalb der gesellschaftlichen Konsumverhältnisse unter Anforderungen der Professionalisierung, wobei etablierte Bereiche sozialer Arbeit, sozialer Beratung und sozialer Interessenvertretung als Referenzen dienen können. Es stellt sich dann die Frage, wie professionalisiert die Verbraucherberatung inzwischen ist und was es genau hieße, diese stärker zu professionalisieren (Lamla 2024b).

Professionssoziologisch wichtige Kriterien, die das Feld der Sozial- und der Verbraucherpolitik übergreifen, sind zum einen solche der Arbeitsbündnislogik und Hilfe zur Selbsthilfe. Dabei versucht der herkömmliche Verbraucherschutz, die Resilienz der primären Lebenspraxis zu stärken, und sieht im Unterschied zu den spezialisierten Interventionsformen sozialer Dienste seine Aufgabe weniger in der therapeutischen Praxis stellvertretender Krisenbewältigung. Aber aus der hier zugrunde gelegten holistischen Konsumperspektive erscheint dieser Unterschied ohnehin nur als Binnendifferenzierung verschiedener konsumbezogener Beratungs- und Unterstützungsformen. Die Differenz ergibt sich nicht aus einer Unterscheidung Konsum vs. Soziales oder Verbraucher- vs. Sozialpolitik, sondern aus Qualitätsunterschieden verschiedener konsumbezogener Probleme: Es macht einen Unterschied, ob es sich um eine gesundheitsgefährdende Alkoholsucht handelt, um die finanziellen Folgen einer Fishing-Mail oder um die Übersetzung von Klauseln einer AGB. Professionssoziologisch wichtig ist daher, neben der problemangemessenen Balance von Autonomie und Abhängigkeit im professionellen Arbeitsbündnis, die Struktur der konsumbezogenen Probleme genau zu erfassen und diese dementsprechend institutionell zu kanalisieren. Wie die Sozialpolitik weist der Verbraucherschutz nicht nur ein einziges Tätigkeitsprofil auf, sondern ein multiprofessionelles Ensemble an Zuständigkeiten, ausgehend von unterschiedlichen Problemtypen. Diese reichen von therapeutischen Angeboten nach dem Muster klassischer Humandienstleistungen im Bereich von Medizin und Psychotherapie über ein breites Feld von begrenzten Beratungsleistungen i.S. einer Alltagshilfe (Wittau 2019) bis hin zu rechtlichem Beistand in Gerichtsverfahren und kollektiven Verbandsklagen sowie politischen Interventionen in die Gesetzgebung selbst. Diese Breite des Verbraucherschutzes ist einerseits mitverantwortlich für seine Konturlosigkeit und Unübersichtlichkeit, andererseits symptomatisch für die Aufgabe, verschiedene Modi der sozialpolitischen Krisen-

intervention – soziale Rechte, soziale Transfers, soziale Dienste, soziale Aktivitäten – in ein kohärentes Verhältnis zu setzen.

5. Fazit

Aus einer holistischen Perspektive auf Konsum zeigt sich dieser als ausgesprochen vielschichtig. Holistisch meint dabei mehr als Querschnittsperspektive, die nur darauf hinweist, dass in viele Handlungs- und Politikfelder Aspekte privater individueller Vertragsverhältnisse im Sinne des BGB hineinspielen. Vielmehr steht Konsum für ein grundlegendes Verhältnis zur geistigen, sozialen und materiellen Welt, das in allen Lebenspraktiken und Lebensformen zum Tragen kommt und sinnstiftend ist. Sozialpolitik in diese Perspektive zu integrieren ermöglicht, die Problemstruktur des Konsums differenzierter zu fassen und offensiver in politische Gestaltungsperspektiven zu überführen. Die spannende Herausforderung, nicht nur für die Verbraucherpolitik, sondern analytisch auch schon für die interdisziplinären Verbraucherwissenschaften, ist es, besser zu beschreiben und einzuschätzen, welche Probleme mit dem holistisch betrachteten Konsum einhergehen, um (politische) Alternativen und Optionen ihrer Bearbeitung freizulegen.

Dabei kann es sich beispielsweise um Probleme der Überkomplexität und daraus resultierenden Schwierigkeiten der Information, Vorselektion, Bewertung und Entscheidung handeln, die den Aufbau und Ausbau eines kompetenten Netzwerks von Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen erfordern, in das die Erfahrungen und Sensoren sozialer Dienste – beispielsweise mit vulnerablen Gruppen von Verbraucher:innen – einbezogen werden sollten. Es kann sich aber auch um Probleme handeln, die eine weitergehende Intervention in einzelne Konsumpraktiken oder auch ganze Lebensformen erfordern. Solche Interventionen sind z.B. immer dann angezeigt, wenn ein professionalisierter Verbraucherschutz Schieflagen identifiziert, die eine überindividuelle Systematik aufweisen und auf strukturelle Machtungleichheiten verweisen, z.B. in der Einrichtung oder Kontrolle von Konsumpraktiken. In solchen Konstellationen sind professionelle Interventionen auf kollektivrechtlicher Ebene erforderlich (z.B. durch Verbandsklagen oder Vorschläge an die Gesetzgebung). Hierbei sind koordinierte und integrative Vorgehensweisen sicherlich erfolgversprechender als isolierende und konkurrierende – oder anders formuliert: Bei vielen Problemen, etwa der Ausbeutung von unbezahlter Arbeit (Voß/Rieder 2005) oder Personen- und Verhaltensdaten in der Plattformökonomie, kann die Konsumpolitik aus der Geschichte der Sozialpolitik lernen, was Klassenkampf bedeutet, wann dieser angezeigt und

legitim ist und wie er sich organisieren lässt. Korrekturpotenzial haben an dieser Stelle daher auch Kämpfe für soziale und materielle Rechte und Umverteilungen, die somit ins Repertoire einer holistischen Konsumpolitik hineingehören.

Ein anderer Problemtypus, der über die Beratung oder Vertretung hinausgeht, betrifft die Handlungsfähigkeiten im Konsum. Hier setzen therapeutische und pädagogische Lösungen an, die sozialpolitische Inhalte, Methoden und Kompetenzen schon deshalb aufnehmen sollten, um eine übermäßige Psychologisierung oder gar Biologisierung von Konsumproblemen zu vermeiden, wie sie mit der Diagnose einer Diskrepanz von Einstellungen und Verhalten und daraus abgeleiteter Konsumschwäche und Verantwortungslosigkeit der Einzelnen einhergehen kann. Zu wichtig sind dafür die sozio-materiellen Kontexte des Handelns, z.B. die sozialen Milieus und Einflüsse von Peers, die es in Bildungs- und Therapieansätzen zu berücksichtigen gilt. Auch dieser Problemtypus der Thematisierung, Kritik oder Förderung von Konsumkompetenzen und -performanzen weist jedoch über die Individualebene hinaus auf eine allgemeinere Ebene, auf der eine kollektive Verhaltensformung durch Nudging oder andere sozial- und verbraucherpolitische Aktivierungsinstrumente (wie Fördern und Fordern, Anreize) betrieben wird. Hier ist es wichtig, dass die Konsumpolitik nicht die Fehler, die die Sozialpolitik in den vergangenen 30 oder 40 Jahren gemacht hat, unreflektiert wiederholt. Diese bestehen insbesondere darin, dass solche Lösungsstrategien unter Umgehung professioneller Differenzierungen von Konsumfällen, Akteursrollen und Problemtypen sowie daraus ableitbarer Kooperations- und Rechtfertigungsanforderungen die Bevölkerung zu einem steuerbaren Amalgam objektiviert und damit instrumentalisiert (Lamla 2013, 376ff.). Was so verloren zu gehen droht, ist gerade die Aktivierung jener kritischen Kompetenzen, die das Konsumkollektiv erst zu einem demokratischen Subjekt machen (Lamla 2021b, 2023).

Die wissenschaftliche Forschung und Theoriebildung, die darauf abzielt, diese Problemzusammenhänge und -differenzierungen zu erfassen, zu durchdringen und in die gesellschaftliche Konsumpraxis und -politik zu kommunizieren, ist gut beraten, dies als interdisziplinäres Projekt anzulegen. Auch dabei bedeutet die holistische Konsumperspektive nicht, dass sich innerhalb der verschiedenen einschlägigen Fächer nur isolierte Spezialgebiete für Konsumfragen herausbilden und unter dem Dach interdisziplinärer Verbraucherwissenschaften ihre gemeinsame Nische pflegen. Vielmehr sollte auch in diesen Entwicklungen etwas vom Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der mit Sozialpolitik und der Sozialen Frage befassten Wissenschaften mitschwingen, nämlich das Gefühl und die Einsicht, dass es um Fragen des großen Ganzen geht, weil die zukünftige Entwick-

lung des Konsums und der damit verbundenen sozialen und materiellen Probleme maßgeblich über das Schicksal der Weltgesellschaft auf dem Planeten Erde entscheiden wird.

Literatur

- Arendt, H. (1981). *Vita activa oder vom tätigen Leben*. München/Zürich: Pieper.
- Bäcker, G., K. Hofemann, G. Naegelé, & R. Bispinck. (1989). *Sozialpolitik und soziale Lage in der Bundesrepublik Deutschland*. 2., grundl. überarb. und erw. Aufl. Köln: Bund-Verlag.
- Bataille, G. (2001). *Die Aufhebung der Ökonomie*. München: Matthes & Seitz.
- Beckert, J., R. Diaz-Bone & H. Ganßmann (Hrsg.) (2007). *Märkte als soziale Strukturen*. Frankfurt/New York: Campus.
- Bogumil, J. & L. Kißler (1995). *Vom Untertan zum Kunden? Möglichkeiten und Grenzen von Kundenorientierung in der Kommunalverwaltung*. Berlin: Edition Sigma.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Hrsg.) (2024). *Gleichwertigkeitsbericht 2024. Für starke und lebenswerte Regionen in Deutschland*. Berlin: BMWK (www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/gleichwertigkeitsbericht-der-bundesregierung-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=56).
- Callon, M. (Hrsg.) (1998). *The Laws of the Markets*. Oxford: Blackwell.
- Deleuze, G. & F. Guattari (1987). *A Thousand Plateaus. Capitalism and Schizophrenia*. Minneapolis. London: University of Minnesota Press.
- Dietz, B. (1997). *Soziologie der Armut. Eine Einführung*. Frankfurt/New York: Campus.
- Durkheim, E. (1981). *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Evers, A. & T. Olk (Hrsg.) (1996). *Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fligstein, N. (2001). *The Architecture of Markets. An Economic Sociology of Twenty-First Century Capitalist Societies*. Princeton: Princeton University Press.
- Foundational Economy Collective (2019). *Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik*. Berlin: Suhrkamp.
- Giddens, A. (1991). *Modernity and Self-Identity*. Oxford: Polity.
- Giddens, A. (1996). Leben in einer posttraditionalen Gesellschaft. In U. Beck, A. Giddens & S. Lash (Hrsg.): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 113–194.
- Habermas, J. (1956). Notizen zum Missverhältnis von Kultur und Konsum. *Merkur*, 10(3), 212–228.
- Hellmann, K.-U. (2024). Warum schließt sich die Lücke zwischen Einstellungen und Verhalten einfach nicht? Bestandsaufnahme und Bewertung der Forschung über (nicht-)nachhaltiges Verbraucherverhalten. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*, 25(1), 28–55.
- Hirschman, A.O. (1984). *Leidenschaften und Interessen. Politische Begründungen des Kapitalismus vor seinem Sieg*. 2. Aufl. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Honneth, A. (Hrsg.) (2002). *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*. Frankfurt/New York: Campus.

- Honneth, A. (2011). *Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*. Berlin: Suhrkamp.
- Horkheimer M. & T.W. Adorno (1988). *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Jaeger-Erben, M. & S. Hielscher (2023). *Verhältnisse reparieren. Wie Reparieren und Selbermachen die Beziehungen zur Welt verändern*. Bielefeld: transcript.
- Janning, F. (2011). *Die Spätgeburt eines Politikfeldes. Die Institutionalisierung der Verbraucherschutzpolitik in Deutschland und im internationalen Vergleich*. Baden-Baden: Nomos.
- Kovce, P. & B. Priddat (Hrsg.) (2019). *Bedingungsloses Grundeinkommen. Grundlagentexte*. Berlin: Suhrkamp.
- Künast, R. (2001). Global denken, lokal essen. Der Verbraucherschutz muß Aufgabe des Staates und Anliegen der Bürger sein. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15.03.2001 (14).
- Lamla, J. (2010). Wirtschaftssoziologie. In G. Kneer & M. Schroer (Hrsg.): *Spezielle Soziologien. Ein Handbuch*. Wiesbaden: VS-Verlag, 663–684.
- Lamla, J. (2013). *Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Lamla, J. (2021a). Die symbolischen Ordnungen des Konsums – und die Fallstricke produktivistischer Soziologie. In S. Lenz & M. Hasenfratz (Hrsg.): *Capitalism Unbound. Ökonomie, Ökologie, Kultur*. Frankfurt/New York: Campus, 283–299.
- Lamla, J. (2021b). *Kritische Bewertungskompetenzen, Selbstbestimmtes Verbraucherhandeln in KI-gestützten IT-Infrastrukturen*. Expertise für das Projekt ‚Digitales Deutschland‘ von JFF -Jugend, Film, Fernsehen e.V. (digid.jff.de/ki-expertisen/kritische-bewertungskompetenzen-joern-lamla/).
- Lamla, J. (2023). Kritische Kompetenzen für die post-digitale (Politik der) Lebensführung. *Forum für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie*, 13(3+4), 5–25.
- Lamla, J. (2024a). Nachhaltiges Konsumieren im Anthropozän. Strukturelle Widersprüche, lebenspraktische Konflikte und die Zukunft der Verbraucherdemokratie. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik*, 25(1), 7–27.
- Lamla, J. (2024b). Professionalisierung im Verbraucher:innenschutz. Herausforderungen, Möglichkeiten und Grenzen. In C. Bala et al. (Hrsg.): *Professionalisierung im Verbraucherschutz*. Jahrbuch Konsum & Verbraucherwissenschaften. Düsseldorf: VZ NRW.
- Latour, B. (2014). *Existenzweisen. Eine Anthropologie der Modernen*. Berlin: Suhrkamp.
- Latour, B. (2018). *Das terrestrische Manifest*. Berlin: Suhrkamp.
- Latour, B. (2021). *Wo bin ich? Lektionen aus dem Lockdown*. Berlin: Suhrkamp.
- Lessenich, S. (2009). Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft. In K. Dörre, S. Lessenich & H. Rosa (Hrsg.): *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 126–177.
- Lorenz, S. (2012). *Tafeln im flexiblen Überfluss. Ambivalenzen sozialen und ökologischen Engagements*. Bielefeld: transcript.
- Marcuse, H. (1970). *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. Frankfurt/M.: Luchterhand.

- Mauss, M. (2010). *Soziologie und Anthropologie. Band 1: Theorie der Magie, Soziale Morphologie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Nullmeier, F. (2000). *Politische Theorie des Sozialstaats*. Frankfurt/New York: Campus.
- Offe, C. (1981). Ausdifferenzierung oder Integration – Bemerkungen über strategische Alternativen der Verbraucherpolitik. *Zeitschrift für Verbraucherpolitik*, 5(1–2), 119–133.
- Ostrom, E. (1990). *Governing the Commons. The evolution of institutions for collective action*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Puig de la Bellacasa, M. (2017). *Matters of Care. Speculative Ethics in More Than Human Worlds*. Minnesota: University of Minnesota Press.
- Rosanvallon, P. (2022). *Die Prüfungen des Lebens*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Salle, G. (2022). *Superyachten. Luxus und Stille im Kapitalozän*. Berlin: Suhrkamp.
- Sörensen, P. (2022). *Präfigurative Politik. Eine Einführung*. Wien/Berlin: Mandelbaum.
- Staab, P. (2019). *Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit*. Berlin: Suhrkamp.
- Vobruba, G. (1989). *Arbeit und Essen. Politik an den Grenzen des Arbeitsmarkts*. Wien: Passagen-Verlag.
- Vobruba, G. (1990). Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik in der Krise der Lohnarbeit. In G. Vobruba (Hrsg.): *Strukturwandel der Sozialpolitik. Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik und soziale Grundsicherung*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 11–80.
- Voß, G. G. & K. Rieder. 2005. *Der arbeitende Kunde. Wenn Konsumenten zu unbezahlten Mitarbeitern werden*. Frankfurt/New York: Campus.
- Weber, M. (1991). *Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*. 8., durchges. Aufl. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus Mohn.
- Wittau, F. (2019). *Verbraucherbildung als Alltagshilfe. Deutungsmuster zu Konsum und Bildung im Spiegel sozialwissenschaftlicher Professionalität*. Wiesbaden: Springer VS.
- Zuboff, S. (2018). *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Frankfurt/New York: Campus.

